

## A1 Ziviler Ungehorsam ist kein Terrorismus!

Gremium: GA KV Xhain

Beschlussdatum: 31.12.2022

Tagesordnungspunkt: 2 Ziviler Ungehorsam ist kein Terrorismus! Referent: Florian Schärdel  
(Ansprechperson von RechtGrün Berlin)

### Antragstext

1 Ziviler Ungehorsam ist eine Form politischer Partizipation, bei der die  
2 Handelnden bewusst gegen rechtliche Normen verstoßen, um auf die Beseitigung  
3 einer größeren, oft gesamtgesellschaftlichen Unrechtssituation hinzuwirken. Der  
4 Akt des Zivilen Ungehorsam dient der Schaffung von Aufmerksamkeit und zielt  
5 gerade nicht auf die gewaltvolle Verletzung individueller Rechtspositionen oder  
6 -güter. Die Ungehorsamen nehmen bei ihrem Handeln bewusst in Kauf, auf Basis der  
7 geltenden Gesetze für ihre Handlungen bestraft zu werden. Sie beanspruchen keine  
8 Stellung außerhalb des Rechtssystems und fordern auch nicht die Ablösung der  
9 bestehenden Ordnung. Sie sind damit nicht gleichzusetzen mit  
10 Widerstandskämpfer\*innen oder Terrorist\*innen. Wer zivilen Ungehorsam übt,  
11 dem\*der geht es vielmehr um die Durchsetzung von Bürger\*innen- und  
12 Menschenrechten sowie den Erhalt unserer Lebensgrundlagen.

13 Ziviler Ungehorsam ist gelebte Demokratie, weil er das Vertrauen daran  
14 voraussetzt, dass die staatliche Gewalt gerade nicht eine des Unrechts ist und  
15 sie vielmehr die Motive der Agierenden bei der Beurteilung rechtlicher  
16 Konsequenzen berücksichtigen wird. Eine staatliche Gewalt, die als lebendige und  
17 wehrhafte Demokratie interessiert ist an mündigen Bürger\*innen, kritischen  
18 Beobachter\*innen und mutigen Akteur\*innen. Als Partei und Kreisverband vertrauen  
19 wir in das staatliche System der parlamentarischen Demokratie. Gleichzeitig  
20 sehen wir, wie die rasanten Entwicklungen unserer Zeit auch eine Beschleunigung  
21 demokratischer Prozesse erfordern und es uns zu oft noch nicht gelingt,  
22 essentielle Weichenstellungen und Politiken in der gebotenen Geschwindigkeit auf  
23 den Weg zu bringen. Auch, weil die „allgemeine Öffentlichkeit“ bestimmten Themen  
24 noch immer nicht die gebotene Aufmerksamkeit und Dringlichkeit zuerkennt.

25 Das Bundesverfassungsgericht hat 2021 festgestellt, dass der Staat verpflichtet  
26 ist, die Lebensgrundlagen für künftige Generationen zu schützen und dass die  
27 Anstrengungen zur Reduktion des CO2 Ausstoßes generationengerecht verteilt  
28 werden müssen. 2015 haben sich in Paris 195 Staaten - darunter auch Deutschland  
29 - dazu verpflichtet, den weltweiten Temperaturanstieg auf 1,5 Grad begrenzen zu  
30 wollen. Im April 2022 wurde im Bericht des Weltklimarats konstatiert, wir hätten  
31 als Menschheit das notwendige Wissen und wirkungsvolle Instrumente, um den  
32 Klimawandel zu bekämpfen, jedoch fehle es an konsequenten Umsetzungsmaßnahmen.

33 Das Abkommen von Paris ist nun bereits sieben Jahre alt und noch immer sehen  
34 wir, dass gerade im Verkehrssektor zu wenig unternommen wird, um den Ausstoß  
35 klimaschädlicher Gase zu reduzieren: Kein Tempolimit auf deutschen Autobahnen,  
36 keine angemessene Besteuerung von Kerosin, keine Abschaffung des Diesel-  
37 Privilegs. Wenn politische Entscheider\*innen nicht dem Rat international  
38 führender Expert\*innen folgen, wenn sie sich nicht konsequent der Umsetzung  
39 völkerrechtlicher Verträge widmen und selbst die Entscheidung des höchsten  
40 nationalen Gerichts nicht zum Anlass nehmen konsequente Maßnahmen zu ergreifen,  
41 schädigt dies das Vertrauen der Menschen in die Demokratie.

42 Wir Menschen sind in Demokratien aber nicht zum Schweigen verdammt, wenn gerade  
43 keine Wahlen anstehen. Als Zivilgesellschaft tragen wir maßgeblich zur  
44 politischen Willensbildung bei. Ziviler Ungehorsam ist für unseren Kreisverband  
45 Bündnis 90/ Die Grünen Berlin Friedrichshain-Kreuzberg eine legitime Form dieser  
46 politischen Willensbildung und damit elementarer Bestandteil einer lebendigen  
47 Demokratie. Ziviler Ungehorsam muss gerade nicht bequem, schön oder angenehm  
48 sein, sondern darf irritieren, nerven und unserer Gesellschaft den Spiegel  
49 vorhalten. Ziviler Ungehorsam gehört zur Identität unserer Partei und den  
50 Bewegungen aus denen sie entstanden ist. Wir lehnen jegliche Form sogenannter  
51 Präventivhaft für Aktivist\*innen ab, die sich des Mittels des zivilen  
52 Ungehorsams bedienen. Wir lehnen weiterhin Strafverschärfungen für spezifische  
53 Protestformen ab und wir fordern die strafrechtliche Würdigung von  
54 aktivistischem Handeln ausschließlich den dafür zuständigen und ausgebildeten  
55 Staatsanwält\*innen und Richter\*innen zu überlassen.